

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

115 (18.5.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556178](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556178)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und festlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Frangobahn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonnagsbeilage.

Interate die fünfspaltigen Annoncen oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven u. Umgebung, sowie der Filiale 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wässen Klagen aus kleineren als der Grundgebühr gestellt werden, so werden sie auch nach erster Berechnung. Refraktionen 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rühringen, Donnerstag den 18. Mai 1911.

Nr. 115.

Das kleine Sozialistengesetz.

Ob aber das kleine Sozialistengesetz der Reichsverfassungsordnung in der dritten Lesung des Reichstags die letzte unabweisliche Entscheidung fällt, dürfen die Freunde der Arbeiter-Selbstverwaltung nicht müde werden, immer wieder auf die Schädlichkeit und Unnützigkeit der geplanten Veränderung hinzuweisen. Mag man auch sehr gegen eine weitere Vertiefung des Zentrums und Nationalliberals im Dienste der Junker und des Herrn v. Bethmann-Hollweg bis zum Ende getreulich ausdauern werden, so sollen die Arbeiterfreunde doch wenigstens nicht lagern können, daß es ihnen an der nötigen Einsicht in die Tragweite ihrer Handlungswelle gefehlt hat, daß irgend eine Folge ihrer Gleichgültigkeit, die sich im Laufe der Zeit einstellen wird, nicht vorausgesehen werden ist. Die Mehrheit will ein Gesetz gegen die Sozialdemokraten machen, nicht ein Gesetz gegen die Arbeiter und die Krankeassen. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie als Partei von diesem Gesetz nicht den allgeringsten Schaden zu befürchten, sondern die Krankeassenmitglieder werden die Geschädigten sein.

Zur Klärstellung des Sachverhalts ist es nötig, ganz ein von Dingen zu reden, über die man sonst aus Gründen, die mit der augenblicklich lebenden Frage nichts zu tun haben, eben nicht gern gesprochen hätte, vom dem wirklichen Verhältnis der Krankeassenbeamten zur sozialdemokratischen Partei. Hätten die Gegner von der Arbeiterbewegung, die sie bekämpfen, auch nur eine halbwegs richtige Vorstellung, dann würden sie wissen, daß die Krankeassen der Sozialdemokratie viel mehr Kräfte entzogen als gegeben oder erhalten haben. Es ist richtig, daß in der Krankeassenverwaltung eine große Schaar von Männern tätig sind, die sich in der politischen oder in der gewerkschaftlichen Organisation die Sporen verdient haben. Die Arbeiterbewegung braucht sich dieser ihrer Jünger auch nicht im mindesten zu schämen, sie haben in der Klassenverwaltung glänzende Arbeit geleistet und damit der Sache aus der sie stammen, Ehre gemacht. Es ist aber leider ebenso richtig, daß ein sehr großer Teil dieser der Arbeiterbewegung entnommenen Kräfte in seiner Tätigkeit vollständig aufgeht und ihr andere Dienste im Interesse der Arbeiterklasse kaum zur Zeit findet. Und so wenig geeignet werden soll, daß sie unter den Kräftebeamten ausgebeutet werden. Partei-gewissen befinden, so wenig braucht auf der anderen Seite bekannt zu werden, daß der bürokratische Betrieb einer Klassenverwaltung im allgemeinen nicht geeignet ist, sozialrevolutionäre Energien zu stärken. Wenn heute alle Vertreter des Proletariats Krankeassenbeamten wären, so wäre das vielleicht ein sehr empfindlicher Schlag für die deutsche Arbeiterbewegung. Ein Versuch, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, in dem man die sozialdemokratisch gehaltenen und für ihre Bestimmung tätigen Beamten auf die Straße legt, wird keinen Erfolg haben: wer ihn unternimmt, kommt damit nur eine geradezu lächerliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.

Die Gegner leben mit ihren Vorstellungen noch immer in der Zeit, in der es der Arbeiterbewegung außerordentlich schwer war, tüchtige Genossen, die der Mängelregelung verfallen waren, ihrer Beschäftigung entsprechend unterzubringen. Sie haben nicht bemerkt, daß in den wachsenden Organisationen ein lebhaft steigender Bedarf nach tüchtigen Kräften besteht, und daß es der Parteipresse, den Parteiorganisationen, den Gewerkschaften, den Genossenschaften gar nicht so unangenehm sein kann, wenn der Abfluß brauchbarer Kräfte aus der eigenen Arbeiterbewegung in die Krankeassenverwaltung einigermassen gehemmt wird. Sollten, entgegen den historischen Versicherungen der Regierung, Krankeassenbeamte wegen ihrer sozialdemokratischen Parteiloyalität außerhalb des Amtes gemahregelt werden, so werden auch diese Opfer der Scharfmacherei nicht zu verkennen haben. Das Fazit wird gewöhnlich sein, daß die Klassenverwaltung einen tüchtigen Beamten verlieren, die Arbeiterverwaltung aber eine brauchbare Kraft gewinnen wird. Und vor solchen Konsequenzen sollte die Sozialdemokratie „aus Parteinteresse“ geschützt werden?

Es ist weiter nichts als eine abstrakte Unterstellung, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie bekämpfe die Reichsverfassungsordnung mit ihren Entrechtungsparagraphen „aus Parteinteresse“. Die Sozialdemokratie bekämpft die geplante Veränderung, weil sie die Rechte der Arbeiter in der Krankeassenverwaltung vermindert, die Rechte der Arbeitgeber und der staatlichen Bürokratie aber vermehrt. Erst durch den Einfluß der Arbeitgeber und der Bürokratie aber werden Tendenzen in die Krankeassen hineingetragen, die mit ihrem eigentlichen Zweck nichts zu tun haben.

Was will denn die Arbeiter-Selbstverwaltung in den Krankeassen? Selbstverständlich nichts anderes als die Kräfte so einrichten, wie es den Interessen der Klassen-

mitglieder entspricht. Die Klassenmitglieder haben kein anderes Ziel, als daß die Kräfte ihnen im Fall ihrer Erkrankung möglichst viel leisten soll! Der Arbeitgeber geht, wenn er krank wird, nicht an den Kasse, sondern er ruft einen Professor und reist auf dessen Rat an die Riviera. Er hat kein anderes Interesse an der Krankenkasse als das eine, nicht zuviel für sie bezahlen zu müssen. Und ebenso ist die Bürokratie nicht an den Leistungen der Kasse interessiert, ihr steht, namentlich in Preußen, die „gute Gewinnung“ viel höher als die ordentliche Leistung.

Man mag es der Mehrheit glauben, daß sie sich einbildet, mit ihrem Schlag die Sozialdemokratie zu treffen, nicht die Arbeiter. Aber diese blinden Schützen verfehlen ihr Ziel, sie zerrümmern die Selbstverwaltung der Arbeiter, ohne der Sozialdemokratie den geringsten Schaden zu tun. Zentrum und Nationalliberalen begehren aus parteipolitischer Gehässigkeit einen brutalen Raub an Arbeiterrechten. Die Sozialdemokratie will diesen Raub bis zum Überfließen bekämpfen nicht aus „Parteinteresse“ in engem Wortsinne, sondern weil sie die Partei der Arbeiter ist!

Politische Rundschau.

Rühringen, 17. Mai.

„Selbstverwaltung“.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freilinken hat das preussische Dreiklassenhaus am Dienstag das Zweckerbandsgesetz für Groß-Berlin in dritter Lesung angenommen. Gegen die Stimmen der Freilinken und Sozialdemokraten, das heißt, in diesem Falle gegen die Stimmen der von dem Gesetz Betroffenen, in der Materie Sachverständigen. Die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung ist sozialdemokratisch, eine Minderheit ist freilinkig, die Parteien aber, die im Abgeordnetenhaus das Zweckerbandsgesetz über die Reichshauptstadt verhängten, bestanden in Berlin nur sporadischen Ansätze. Berlin ist in seinem Protest einmütig. Die Mehrheit, die ihre Existenz einem unhaltbaren von ihr selbst wie von der Regierung grundtätig präparierten Wahlstimm verbannt, die keine Beziehungen zur geschichtlichen Bevölkerung hat und keine sachlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Berliner Kommunalverwaltung besitzt, geht über den Protest zur Tagesordnung über und stimmt, wie die Regierung will. Das ist preussische „Selbstverwaltung“. Das heißt die Agrarier verwalten ihre eigenen Angelegenheiten selbst und die der Städte dazu, selbstverständlich leider in agrarisch-reaktionärem Interesse.

Aber das preussische Abgeordnetenhaus hat ja mit seinem Zweckerbandsgesetz einen neuen „Selbstverwaltungsversuch“ geschaffen. Erben wir zu, wie er aussieht:

Der neugeschaffene „Selbstverwaltungsversuch“ heißt Groß-Berliner Verbandssammlung und besteht aus 100 Mitgliedern. Davon entfallen 40 auf Berlin, 10 auf Charlottenburg, 6 auf Rixdorf, 6 auf Schöneberg, je 3 entfallen auf Wilmersdorf, Lichterberg und Spandau, je 2 auf Steglitz und Borschagen-Bismarcksberg, je einer auf sechs kleinere Orte, je 9 auf die beiden Kreise Teltow und Niederbarnim. Die Städte wählen ihre Vertreter durch den Magistrat und die Gemeindevertretung, die beiden Landkreise durch die Kreisräte. Die Gemeindevertretungen selbst sind durch Dreiklassenwahlrecht gewählt, die Magistrat sind in ihrer Zusammensetzung von der Bestätigung durch die Regierung abhängig, die Kreisräte werden von den Landgemeindevorstellungen und den größeren Steuerzahlern unter den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden gewählt. Diese Gemeindevorstellungen und Kreisräte, die nur in sehr entferntem Zusammenhang mit der Masse der Einwohner stehen, wählen nun entsprechend den in ihnen bestehenden Mehrheitsverhältnissen ihre Vertretung zur Verbandssammlung.

Und auch das heißt preussische „Selbstverwaltung“! Das kleine Reichchen von Verwaltungsfreierheit, das die agrarische Landtagsmehrheit den Städten übrig läßt, wird von den Hausbesitzern, den Grundbesitzern, den steuerkräftigen Unternehmern mit Beschlag belegt. Die große Masse der Bevölkerung findet kaum Gelegenheit, mit ihren Wünschen und Wünschen auch nur durch eine hoffnungslos kleine Minderheit zu Worte zu kommen.

Aber damit die Verbandssammlung in ihrer Selbstverwaltungsgeheimlichkeit nicht am Ende zu läppig wird, gibt es noch einen Verbandsauschuß. Dieser besteht in seiner Mehrheit aus Bürgermeistern und Kreisamtschulvorstehenden, also — da kein Kritik gegen den Willen der Regierung Bürgermeister oder Vorsteher des Kreisamtschulhauses werden kann aus durchgeführten der Regierung genehmen Persönlichkeiten. Nur die Minderheit, 8 von 18, wird von der Verbandssammlung gewählt, deren Zusammensetzung oben geschildert ist. Und dieser Verbandsauschuß ist der Gipfel der preussischen „Selbstverwaltung“!

Ein verworrenes System von ineinandergeschachtelten Klassenwahlrechten, Privilegien und bürokratischen Verwaltungsvollmachten, das ist die preussische „Selbstverwaltung“, wie sie sich in dem neuesten Wunderwerk unverfälschter Dreiklassengesetzgebung darstellt. Ein System, das mit scharfsinnigem Raffinement ausschließt, daß irgendwer, der kein Junker, kein Hausagrarier, kein Kapitalist ist, auf die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten irgend einen Einfluß ausübt, wird hier mit einem Namen aufgepuppt, der, dem Englischen entlehnt, eigentlich soviel wie Selbstregierung bedeutet.

Der Vernichter der Selbstverwaltung im Reichstag.

Der Reichstag resp. seine aus konfessionellen Zirkeln, bayerischen Volkspartnern, nationalliberalen Schlotbaronen, und antisemitischen Stammgästen der „Hopenblüte“ annuitig zusammengesetzte Mehrheit setzte am Dienstag unerbittlich die „Arbeit“ fort, alle Anträge der Minderheit niederzutramplen. Bismarck begleitete der Arbeitsblod dieses sein geistreiches Geschäft mit nichtendendem Geringem oder sonstigen Tierlauten; hin und wieder kam es sogar vor, daß er eines seiner Mitglieder, etwa den ultraromanischen Zalmarbeiter Beder-Arensberg oder den hamburgischen Zalmoliberalen Semler vorstufte, auf daß sie so etwas wie Verteidigungen oder Rechtfertigungen der fanatischen Kommissionsbeschlüsse sammelten. Die Beschlüsse über die Anknüpfungswellen weiterfertigten reaktionärer Tüde mit den Beschlüssen über die Landkontenstellen, wenn man auch nicht den Bergleuten die Felle die mit denselben unverfüllten Brutallid zeigte wie den Landarbeitern. Was wirtschaftlichen Rücksichten ließ sich die Mehrheit sogar herbei, den Berginvaliden so etwas zu zeigen, was nach Entgegenkommen aussieht. In späterer Abendstunde ist es am Montag gelungen, die Schnapsbarone zu diesem Zugeländnis zu bewegen, das von wegen ihrer reichlich-westfälischen Wahlfreie die schwarzen Partner dringend nötig seien. Es war aber auch das einzige Zugeländnis. Es war umsonst, daß Genosse Hub, daß Gothen und Korsant auf die Notwendigkeit hinwiesen, einen Schutzwall gegen den unerhörten Terrorismus der Berggewaltigen aufzuwerfen. In namentlichen und einfachen Abstimmungen wurde alles abgelehnt und in demselben Stile ging es weiter. Nach fünfjähriger Sitzung war man mit der Krankenversicherung fertig. Ohne Widerspruch begann man dann mit dem letzten Band der Unfallversicherung. Die Genossen Steoring und Kollenbühne begründeten in trefflicher Weise die Anträge unserer Fraktion auf Ausdehnung des in die Unfallversicherung einzubeziehenden Personenkreises. Vertrefflich verpöppelte Kollenbühne das Gemahnde der „Sachverständigen“, des ehemaligen Delonkoffers Buech, und des ehemaligen Gymnasiallehrers Reumer über die unerträglich Belastung der deutschen Industrie, in der man nachwies, wie wenig in der Tat diese Belastung ist. Schließlich wurde die Beratung auf heute Mittwoch ausgenommen.

Die Sozialdemokraten sorgen für gründliche Durchberatung der Reichsversicherungsordnung. Das geschieht in einem Anfälle von Wahrheitsliebe die nationalliberale „Berliner Börsen-Zeitung“ ein; sie schreibt in Nr. 227 vom 16. Mai: „Die Sozialdemokraten sorgen im Reichstag nach wie vor für eine gründliche Durchberatung der Reichsversicherungsordnung, indem sie nahezu bei jedem ihrer zahlreichen Anträge Begründungsreden halten. Die Beratung wurde am neunten Tage erheblich gefördert, und obgleich die Regelung der Krankenversicherung in der Landwirtschaft einen langen Aufenthalt gab, schritt die Arbeit um etwa hundertundfünfzig Paragraphen weiter, mehr als das Doppelte der bisherigen Tagesleistung und erheblich über den Durchschnitt dessen, was die Kalkulatoren der Reichstagsmehrheit als erforderlich berechnet haben. Die Sozialdemokraten erhoben nicht den geringsten Einspruch gegen Zusammenfassung von Paragraphen und waren auch ohne weiteres damit einverstanden, daß eine namentliche Abstimmung im Hinblick auf das ersichtlich beschleunigende Haus auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde. Das ist nicht nach Abstraktion aus.“

Die christlichen Gewerkschaften zur Reichstagswahl.

Die „Münchener Post“ brachte am Freitag einen Bericht über die geheime Konferenz von christlichen Gewerkschaftsbeamten, die am 29. März in München getagt hat. In der Konferenz war auch der Generalsekretär Stegerwald aus Köln anwesend. Die Konferenz befahte sich mit der Frage der Arbeiterkandidaturen, der Eigenparole der christlichen Arbeiter und der Gründung einer eigenen Tageszeitung. Stegerwald meinte, man müsse zunächst die eigenen Reihen stärken, da die christlichen Arbeiter doch zu schwach seien, um dem bürgerlichen Zentrum entgegenzutreten zu können.

Wände man jetzt eine eigene Wahlsparole ausgeben, so würde man Basis machen, denn die Geistlichen, besonders die auf dem Lande, würden doch die Arbeiter an sich ziehen und zur Stimmabgabe für das Zentrum veranlassen. In der Debatte wurde bemerkt, die christlichen Arbeiter seien zur Durchführung einer eigenen Wahlsparole nicht zuverlässig genug. In den Städten würden sie ja ohnehin zur Sozialdemokratie abblenden. Das die Gründung einer eigenen christlichen Arbeiter-Zeitung mehr Interesse daran hätten, wenn ein Stab mit 6 Köpfen auf die Welt komme, als für geistliche Politik, für Sozialreform und ähnliche Dinge. Während die christlichen Arbeiter sich eine eigene Tagespresse schaffen, so sei zu gewärtigen, daß die bürgerliche Zentrumspresse über die christlichen Gewerkschaften herfalle und sie veranlassen würde und dann hätte die Stunde der christlichen Gewerkschaften gekommen.

Es sei notwendig, daß sich die christliche Arbeiterkraft einfließen verschaffe in der Partei, bei den Geistlichen auf dem Lande und in der Presse. Man müsse die christliche Arbeiterkraft von Verwirrungen ablenken und sie besonders von dem Gedanken der sieben Arbeiterkandidaturen abbringen. Man müsse heilfroh sein, wenn man in Wagen von den Zentrumskandidaten wenigstens ein sicheres Mandat für die christlichen Arbeitervertreter erhalte. Deshalb solle man die Parteileitung bitten, daß ein Arbeiterkandidat aufgestellt werde. Das Organ der katholischen Arbeitervereine Süd-Deutschlands habe die Sache der christlichen Arbeiterkandidaturen miserabel vertreten. Das ganze Jahr agitierte das Blatt für das Zentrum, wenn es aber gilt, für die christliche Arbeiterkraft bei der Zentrumspartei etwas zu erreichen, gehe man behutsam darüber hinweg, um sich bei den maßgebenden Herren in der Parteileitung nicht mißliebig zu machen. Den sämtlichen Teilnehmern der Konferenz wurde strengstes Stillschweigen über die Verhandlungen zur Pflicht gemacht.

Deutsches Reich.

Weitere Nichterklärlichkeiten aus dem preussischen Reichstagsparlament. In der Handels- und Gewerbe-Kommission wurde der konservative Antrag über eine weitere Befreiung der Konsumvereine beraten, welcher der Kommission vom Plenum überwiesen worden war. Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen; dagegen wurde der fortschrittliche Antrag, auch landwirtschaftliche Genossenschaften zu befreien, abgelehnt. In der Debatte tat ein frommer Zentrumsmann den christlichen Ausspruch, daß die Konsumvereine „eigentlich nicht mehr zeitgemäß“ seien, „weil die Bedürfnisse fast überall durch die Ladengeschäfte befriedigt werden könnten“.

In der Justizkommission des preussischen Abgeordneten-Hauses wurde die Beratung des Gesetzesentwurfes über Losgesellschaften fortgesetzt. Man kam zu folgendem Ergebnis: Wer gewerbsmäßig zur Beteiligung an Losgesellschaften auffordert, ihre Bildung betreibt oder sich mit ihrer Verbreitung, Leitung oder Geschäftsführung befaßt oder endlich sie sonst wesentlich fördert, wird, wenn er in der Absicht handelt, die Teilnehmer auszubeuten, mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft. Bezeichnenderweise ist die Bestimmung getroffen worden, auf welche die Regierung im Plenum hingewiesen hatte: daß Losgesellschaften aus persönlicher Bekanntschaft oder durch sonstige gemeinsame Beziehungen nicht unter das Gesetz fallen sollen.

Die Bismarckfeier am 20. Zentrum in den Himmel gebornen deutschen Sozialreform — so sind die bekannten „Blumentage“, „Kinderfesttage“ und „Veteranentage“ nicht mit Unrecht genannt worden. Auch bürgerliche Vereinigungen haben sich gegen diese Tage gewandt. Die Zentrumspresse im Lande wütet gegen die Sozialdemokraten dort, wo sie sich gegen den organisierten Bettel wenden oder an ihm die Unzulänglichkeit unserer sozialen Sozialpolitik beweisen. Diese Artikel findet man in der Zentrumspresse an herzerregender Stelle. Daß aber der dem Zentrum nahestehende „Charité-Verband“ in Berlin beschlossen hat, sich an dem „Süßtag für Mutter und Kind in Groß-Berlin“ nicht zu beteiligen, das findet man in der „Germania“ vom 14. Mai zwar in ein paar Zeilen mitgeteilt, wie zweifellos aber sehr daran, daß die schwarze Provinzspresse über diesen „Mangel an Nächstenliebe“ sich entrüstet.

Doppelt hält besser. In Neustadt O.S. ist die gar nicht bestehende „sozialdemokratische Jugendorganisation“ innerhalb von zwei Wochen zum zweitenmal polizeilich aufgelöst worden. Um ganz sicher zu gehen, erhielten gleich zwei Genossen die Auflosungsverfügung zugestellt. Die Neustädter Polizei will mit Gewalt aus einer Jugendabteilung des Arbeitervereins eine sozialdemokratische Jugendorganisation machen.

Die verfallenen Extrazüge. Der badische Landesverband des Hanlabundes teilt mit, daß die von ihm beantragte Stellung eines Extrazuges von Mannheim nach Berlin von der preussischen Eisenbahnverwaltung grundsätzlich abgelehnt worden ist. Die von der Eisenbahndirektion in Halle bereits gemachte Zusage wurde zurückgezogen. — Es steht eine gewisse Ironie darin, daß diese Verjagung des Extrazuges zeitlich zusammenfällt mit der Lobrede, die Herr von Bethmann-Hollweg auf der Jubiläumsvorlesung des Deutschen Handelstages gehalten hat. Die agrarischen Extrazüge zu den Bänderparaden in Berlin sind nie als verjagt worden.

Eine begeisterte Stimmung. . . . Ueber die zweite Generalversammlung des Verbandes der preussischen und hessischen Lokomotivführer, die gegenwärtig in Berlin tagt, berichtet der „Berliner Lokalanzeiger“: „Aus den Verhandlungen sei die Mitteilung über die Verziehung der Lokomotivführer hervorgehoben. Hierdurch sowie durch die im Januar erfolgte Befreiung des Lokomotivführeranges als das eines mittleren Beamten finden die wichtigsten irdlichen Wünsche der verdienten Beamten Befriedigung. In der Versammlung herrscht wegen dieser Auszeichnung eine be-

geister Stimmung, die in Telegrammen an den Kaiser und den Eisenbahnminister zum Ausdruck gelangte.“

Dänemark.

Cammeren. Aus Petersburg wird gemeldet: Vierhundert Anstandurteile über verschiedene Refraks werden dem „R.A.“ zufolge auf Antrag der die Refraks leitenden Senatoren den Gerichten überliefert werden.

Amerika.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat in seiner letzten Sitzung das gegen die Sorgenden des Amerikanischen Arbeiterbundes erlassene Urteil aufgehoben. Der Präsident des Arbeiterbundes, Samuel Comers, war zu einem Jahre, der Vizepräsident, John Mitchell, zu neun Monaten und der Sekretär, Frank Morrison, zu sechs Monaten Gefängnis wegen Mißachtung des Gerichts verurteilt worden. Bei dem Streik, der in St. Louis ausgebrochen war, hat der Amerikanische Arbeiterbund Plakate drucken und verteilen lassen, die von den drei Angeklagten unterzeichnet waren, in denen die amerikanische Arbeiterschaft zum Boykott der Erzeugnisse der betreffenden Fabrik aufgefordert wurde. Trotzdem dieser Boykott-Plakate unterlag, wurden die Plakate weiter gedruckt und verbreitet. In dem Urteil spricht der Oberste Gerichtshof seine Ansicht dahin aus, daß die Boykottaktion, als sie Gefängnisstrafe und nicht Geldstrafe verhängte. Es handle sich um kein kriminelles Verbrechen, sondern um ein Zivilvergehen.

Petroleumstrum. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika gab am 15. d. Mts. das lange erwartete Urteil in der Klage gegen den Standard Oil Trust bekannt. Die Oil Company war angeklagt, gegen das bekannte Shermangesetz verstoßen zu haben. Das Shermangesetz ist schon zu mancherlei komischen Anlässen benutzt worden, zu denen es wirklich nicht gediente. So ist nur daran erinnert, daß das Gesetz, welches die Handelsfreiheit und Konkurrenzfähigkeit vor Trusts und internationalen Vereinbarungen schützen soll, auch schon dazu benutzt worden ist, Arbeiterführer, die „Terrorismus“ trieben, zu verurteilen. Beim Oiltrust hat das Gesetz einmal seine Bestimmung im Sinne des Gesetzgebers erfüllt.

Nur wenige Leute können sich ein wirkliches Bild von der ungeheuerlichen Macht des amerikanischen Petroleumtrusts machen. Das Mutterinstitut der Standard Oil Co. ist die St. L. O. of New Jersey, auf die man die Besitzrechte der verschiedenen Gesellschaften übertragen hat. Es sind ihrer 61. Für das Ausland bestehen besondere Aktiengesellschaften, für jeden wichtigeren Staat ist es zum Teil eine; sie sind natürlich alle völlig von der Muttergesellschaft abhängig. In Deutschland ist es die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, die Mannheimer-Bayer Petroleumgesellschaft und die Petroleumtrösterische vorm. Rossi & Co.

Die Rethropfite des Oiltrusts betragen seit ungefähr 1900 alljährlich rund 80 Millionen Dollar, dies heißt über 320 Millionen Mark! Dies sind aber nicht die einzigen Einnahmen der Oil Co. Die Gesellschaft ist auch der größte Geldverleiher der Welt, sowohl Eisenbahn- und Industrie-korporationen in Betracht kommen. In Wallstreet, dem amerikanischen Geldberge, sind die riesigen Summen des Oiltrusts und ihre Wirkungen gefürchtet. Wie hoch diese ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel sind, ist in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht bekannt geworden. Festgehalten mag aber werden, daß die Oil Co. ihre Rethropfite immer nur zur Hälfte als Dividende ausahlt, das andere sammelt sie in einem sogenannten surplus, einer stillen Reserve, an die 1906 schon 1 096 459 606 Mk. betrug.

Dieser Gesellschaft, die ihre Riesengewinne nur durch die skrupelloseste Unterdrückung und Vernichtung jeder Konkurrenz erreichen konnte, ist jetzt das Urteil des höchsten amerikanischen Gerichtshofes auf den Hals gerückt. Innerhalb sechs Monaten muß der Trust wieder auseinander gejagt sein, bei Strafe — ? Ja, hier liegt der Kern. Dies erste Anklageverfahren hat Jähre gedauert, ehe die Öffentlichkeit von neuem auf die Schliche kommt, welche die Oiltrustleute jetzt wieder auszuheben werden, können nochmal Jahre verfließen. Daran glaubt wohl niemand, daß sich die moderne und größte Geldmacht auf einem richterlichen Beschluß ins Wasser löst. Man wird offiziell eine Trennung der Gesellschaften durchführen und im übrigen das jetzt ergangene Urteil zu einer gründlichen Reformen ansetzen. Sechs Monate sind so eine genügend lange Zeit, um eine solche günstige Gelegenheit gründlich auszunutzen. Die große Kampagne gegen die amerikanischen Trusts, die jetzt mit der endgültigen Verurteilung des Petroleumtrusts ihren ersten Abschluß erhalten hat, zeigt dabei allerlei interessante politische Momente. Fast möchte sich gern noch eine kleine Zukunftssicherung für keine Partei verschaffen. Aber ganz abgesehen davon, die Geldhüter von heute werden auch hier nicht über den Zwirnsfaden einer richterlichen Entscheidung stolpern.

Mexiko.

Die Revolution. Die Insurgenten nahmen Huacua und Tulancingo (selbe Orte liegen zirka 60 Kilometer nördlich von Mexiko Stadt) ein und belagerten Torreón. Laut „Sun“ habe Diaz bereits nachgegeben.

In Huacua strengten die Aufständischen die Regierungsgebäude in die Luft und befreiten die Gefangenen aus dem Gefängnis. Geschäftshäuser seien nicht geplündert worden, nur die Nationalbank und die Hölzfabrik.

Parteinachrichten.

Üntzung. Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

1000.— Düsseldorf 1185.50. Dessau (Korb) 1 539.22. Dörmig
Rühlheim (Witz) 864.68. Emden-Verden 18.50. Elm (Witz)
1087.75. Göttingen a. N. 576.06. Frankfurt a. M. 81.24. Göttingen
(Oberbleich) a. N. 4.—. Frankfurt a. M. 1524.—. Göttingen
weilert L. H. 15.26. Göttingen L. M. 212.—. Göttingen, Göttingen
der Heimstätte an Stelle eines Kranzes für Bogmann A.,
Goldbeck-Wilmorf 15.—. Göttingen 654.56. Göttingen
Ochsenbleich 412.29. Göttingen 5.02. Göttingen-Königsberg
673.44. Göttingen (Korn) 84.88. Hagen im Moor, Göttingen
10.—. Hildesheim L. H. 238.—. Hildesheim 23.—. Hildesheim
burg 1419.66. Hildesheim 500.—. Neue Zeit, Göttingen, Hildesheim
Jacob 15 000.—. Nienburg (Hannover) 131.24. Osnabrück-
berg 2448.26. Osnabrück (Südlich) 600.—. Osnabrück-
burg 1148.—. Oberlangensiefen 1410.72. Osnabrück
burg - Hildesheim 759.29. Osnabrück 250.—. Osnabrück a. N.
(Heden) 49.76. Schleswig 182.14. Stolund, G. N. 5.20. Stolund
607.24. Stolund-Schmetz 100.—. Worms-Drupach 14.24
L. J. J. 5000.—. Zittau 200.—. Zittau-Stollen 85.12

Berlin, 9. Mai 1911.
Für den Parteivorstand: J. B. Fr. Ebert,
Lindenstraße 69.

Gewerkschaftliches.

Ausperrung von 40 000 Arbeitern in Dänemark.

Nach den am 27. April zwischen der Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband getroffenen Vereinbarungen schien es, als ob die Ausperrung von 40 000 Arbeitern nicht zur Ausführung kommen sollte.

Es handelte sich bei den damaligen Konventionen um die Beiträge in der Holzindustrie, im Maurergewerbe und im Installationsgewerbe. Ueber diese Differenzen wurde eine Einigung herbeigeführt, und der Unternehmerverband zog die Ausperrungsdrohung zurück, behielt sich aber vor, die ausbleibende Frist die Ausperrung aufs neue anzubringen für den Fall, daß eine Einigung mit den außerhald der Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften stehenden Organisationen der Maurerhandwerker und der Klempner nicht zu erzielen sei. Bezüglich der Maurerhandwerker handelt es sich um einen Betriebskonflikt, der keinerlei weitere Bedeutung hat. Anders ist es mit den Klempnern, die bereits seit zwei Monaten ausgesperrt sind. Der Verband hat rechtzeitig den Beitrag für die Provinz gekündigt und Lohnfortzahlung gestellt. In den Verhandlungen wurde keine Einigung erzielt und die Unternehmer hielten daher am 13. Februar die Klempner aus. Wiederholte Einigungsversuche haben nicht zum Ziele geführt, ebensowenig gelang es dem hiesigen Vergleichsbeamten, den Frieden herbeizuführen. Seine Vorschläge wurden von den Klempnern abgelehnt. Auch die neuesten Verhandlungen, die seit dem 27. April eingeleitet sind, haben kein anderes Resultat ergeben, so daß nunmehr der zentrale Arbeitgeberverein die Ausperrung von 40 000 Arbeitern der gesamten Industrie vorgenommen hat.

Wie ungeheuerlich diese Maßnahme ist, geht schon daraus hervor, daß von den 40 000 Arbeitern, die ausgesperrt werden, nicht ein einziger einer Organisation angehört, die irgend welchen Einfluß auf die Stellungnahme der Klempner ausüben kann. Der Klempnerverband gehört seit langer Zeit nicht mehr der Landeszentrale der Gewerkschaften an, hat also keinerlei Beziehungen zu der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Landes. Wenn der Unternehmerverband trotzdem jetzt 40 000 Mitglieder der gewerkschaftlichen Landesorganisation Dänemarks aussperrt, so kann das nur zu Zweck haben, die dänischen Gewerkschaften für längere Zeit lahm zu legen. Daß das nicht erreicht werden wird, ist sicher, denn die dänischen Gewerkschaften beschließen am Jahres-schluss 1910 ein Verbot von von vier Millionen Mark. Der Landeszentrale gehörten 101 563 Mitglieder an, von denen jetzt 40 000 ausgesperrt waren; es wird daher gewiss in den dänischen Gewerkschaften gelingen, ihre Mitglieder für längere Zeit über Wasser zu halten.

Trotzdem bleibt natürlich die für jeden Unterbezogenen ungeheuerliche Lastfrage bestehen, daß der Unternehmerverband 40 000 Arbeiter aussperrt, weil er sich mit den 1100 Köpnen, auf die jene 40 000 gar keinen Einfluß ausüben könnten, nicht einigen kann.

Achtung, Rohkisten und Heiser! Die Maßnahme und Heiser der Köln-Düsseldorfer Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft in Köln und Düsseldorf stehen in einer Lohnbewegung. Es die bis zur Stunde gepflogenen Verhandlungen kein zufriedenstellendes Resultat zeitigten, wird ersucht, den Kampf streng fernzuhalten.

Lokales.

Hättingen, 17. Mai.

Arbeiter, der Alkohol muß gemieden werden!

Rund 43 Mark kostet im Großverkaufpreis ein halbes Liter Alkohol, der Staat erhebt für jeden Romingenscheitler 10% für jeden darüber hinaus gebrauchten sogar 125 Mark Branntweinsteuer! Jedes Gläschen Schnaps ist also für einen Viertel Fünftelromingenscheitler, und zu drei Viertel freimilchige Steuerzahlung an den Staat, dem der arbeitende Volks fortgesetzt neue Steuern aufzahlt, der jetzt mit seinen parlamentarischen Strauchreitern in blau und schwarz der Volkstetare einen besseren Sozialstaat durch die Arbeitslosenordnung umwandeln zu machen versucht!

Die Parole: Meidet den Fule! hat schon Erfolg gehabt, sie muß aber so durchgeführt werden, daß die nötige Kontrolle der von der Volks indirekte Steuer aufzubringenden Regierung und ihrer Schuldenträger erzwungen wird.

Die amtlichen Mitteilungen über die Alkoholproduktion die liefern für den Monat April 1911 bekannt werden, zeigen den dauernden Rückgang der Alkoholproduktion. Es muß dafür gefordert werden, daß es weiter so bleibt und daß der Rückgang noch viel, viel stärker wird!

Alkoholverzeugung Erzeugerwaerd gewerch. Verbrauch

	Oktober bis mit April		
1910/11	2 996 463 hl	1 188 236 hl	802 354 hl
1909/10	3 125 928 "	1 044 188 "	1 182 163 "
1908/09	3 661 844 "	1 489 320 "	1 046 251 "
1907/08	3 389 597 "	1 431 812 "	987 602 "

Es geht abwärts... Herrlichkeit der Brautweine...

Neben den Granatverkauf an den Sonntagnachmittagen...

Ein Vortrag über die für das Verhängnis geltenden...

Möblierte Zimmer werden gesucht. Bei dem derzeitigen...

Im Varietè 'Alder' kommt seit dem gestrigen Abend...

Gewarnt sei vor der Firma E. M. Alberti oder...

Wilhelmshaven, 17. Mai. Anlässlich einer Spezialreise...

Bei den Hofbäueren sind zwischen den Tiefbauarbeitern...

Marineneuigkeiten. Auf der Werft des Stettiner Vulkan...

Das Geschwader hatte heute vormittag eine starke...

Wer hat die Wahrheit gesagt? Die Obermaschinenmeiste...

vom Kriegsgericht der 2. Mar.-Insp. wegen gemeinschaftlicher...

Es lebe die Gerechtigkeit. Der hier in Haft befindliche...

Vor dem Strafrichter hatten sich am Montag der Kaufmann...

Aus dem Lande.

Oldenburg, 17. Mai.

Dem Kunstgewerbemuseum hat am letzten Sonntag der...

Ein Elementar- und Gynastik des evangelischen Gemeindefa...

Brake, 17. Mai.

Wie gefährlich ein Mädelstich werden kann, schreibt die...

Wesha, 17. Mai.

Eltern, Vorsicht! Die Unsitte, Kinder mit Ragen spielen...

Bremen, 17. Mai.

Der Polizei ins Garn gegangen. Die Polizei in Antwerpen...

Ein Bremer Segelschiff durch Feuer zerstört. Der Ende...

Leer, 17. Mai.

Verbrechen? Das 'Anzeigenblatt' schreibt: Wie berichtet...

Alte Mittelungen aus dem Lande. Beim Angeln in der Nähe...

Aus aller Welt.

Das Zeppelin-Luftschiff 'Deutschland' gerädert. Der Anstern...

Ein schnell entdecker Mörder. Ein in Oberwellenborn bei...

Altes Tageskronik. Ein altes Ehepaar, der frühere Herrsch...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Mai. Der Bezirksauswahls von Potsdam hat...

In einer öffentlichen Versammlung der Bäckereiarbeiter...

Mehe als 2000 in den Eisenkonstruktionswerkstätten...

Ropenhagen, 17. Mai. Heute nahmen die Riemper in einer...

Brüssel, 17. Mai. Für diese Woche erwartet man im...

Paris, 17. Mai. Die Telegraphenbeamten hielten gestern...

Leitung.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein...

Weiterbericht für den 18. Mai. Wichtige Wärmehäuser...

Beantwortlicher Redakteur: D. Jacob, Verlag von Paul Hug...

Dierzu eine Beilage.

Rüstringer Sparkasse
 Mündelsicher.
 Hauptstelle: Bismarckstrasse 8 (Neuende).
 Nebenstelle: Wilhelmshav. Str. 1 (Bant).
 Geschäftszeit:
 Vormittags von 10—1 Uhr
 Nachmittags von 4—7 Uhr
Zinssatz für Spareinlagen:
 3 1/2 Prozent
 bei täglicher Verzinsung.
Heimsparkassen.
Ueberweisungsverkehr.
 Strengste Verschwiegenheit in allen Geschäftsangelegenheiten. Auskunft an Steuerbehörden wird nicht erteilt.

Günstige Gelegenheit.
 Ein schönes **Edenhäus** an bester Lage der Börsestraße, passend für jedes Geschäft, vorzüglich zu einer **Bäckerei**, soll preiswert unter sehr leichten Bedingungen verkauft werden. Näheres **Gerhard Eden**, Börsestraße 35.

Kaufgesuch.
 Ich suche im Auftrage für mehrere gute **Käufer handgüter, Hotels, Restaurants** sowie **Wohn- u. Geschäftshäuser** und **Wohnplätze** für die und auswärts. **G. Eden**, Hausmüller in Bant, Börsestraße 35.

Günstige Gelegenheit!
 Eine seit 15 Jahren gutgehende **Zischlerei** mit Maschinenbau, soll wegen andern. Unternehm. preiswert verkauft werden. Streblom. Zischler ist die beste Gelegenheit geboten, selbständig zu werden unter sehr leicht. Bedingungen. Kaufpr. 35000 Mk. mit Nachf. u. Werkz., Brandtaxat 43 700 Mk., abzugeben mit 1400 Mk., Ang. nach Uebereinst. **Nh. Gerh. Eden**, Rüstringen I, Börsestraße 35.

Schweine
 zum Weiterfüttern, sowie Ferkel verschiedenem Alter zu verkaufen.
A. Pilling, Bant
 Kaiserstraße 50.

Fliegen-Fänger
 3 Stück . . . 20 Pf.

J. H. Cassens,
 Rühr., Peterstr. 42 u. Schaar.

Zu verkaufen
selbstgezoogene Bohnenbohnen
 Andressen, Rühr., Zevische Str. 16.

Holzrouleau, Jalousien
 Holländer, gedruckte transparente Stofffronten in verschied. Mustern und Preislagen von einer der besten renommirten Fabriken bringe in empfehlende Erinnerung.
Eduard Dittmann,
 Bant, Mittelstraße 2. Laden.

Zum Waschen od. Reinmachen
 empfiehlt sich
Frau Gäntzer, Werfstr. 5.

Gewerkschafts-Kartell Brake.
 Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. Mai 1911:
:: 6. Gewerkschafts-Fest ::
 unter gefälliger Mitwirkung der Arbeiter-Vereine im Hotel Vereinigung, Burg Hohenzollern (Decker) u. auf der Festwiese bei der Vereinigung.
Program des Festes:
 Sonnabend den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Kommerz bei D. Decker (Bahnhofsstraße). — Auf dem Festplatz Volksbeileutigung aller Art. — Sonntag den 21. Mai: Von morgens 9 Uhr ab Empfang der auswärtigen Gäste, nachm. 1 1/2 Uhr Aufstellung des Festzuges beim Batjadinger Hof (Zanzen), nachm. präz. 2 Uhr Abmarsch des Festzuges zum Festplatz, dabei **Festrede**, gehalten von Herrn Landtagsabgeordneten **Ab. Schulz** aus Bant. — In den Festsälen sowie auf dem Festplatz Volksbeileutigungen aller Art, nachmittags von 4 Uhr an **Ball** in beiden Festsälen und im Tanzzelt.
 Sonnabend, 20. Mai: Eintritt 3 Kommerz Herren 20 Pf., Damen 10 Pf., Festplatz frei.
 Sonntag, 21. Mai: Karten für Herren 30 Pf., Damen 10 Pf. (gültig für beide Lokale und Festplatz).
 Tanzleihe für Auswärtige 50 Pf., für Gieße 1.50 Mk.
 Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**

:: Silbermanns ::
 Leihhaus und Particaren-Geschäft
 befindet sich jetzt
Ecke Schul- u. Tonndeihsstraße
 vis-à-vis Restaurant „Augustiner“.

Wir möchten
 Sie gerne von der Güte unserer
:Schuhwaren:
 überzeugen, deshalb versuchen Sie es bitte einmal mit unseren neuesten Formen. Elegant und chic.
Trost & Wehlau
 Schuhmachermeister,
 Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Favorit-Moden-Album
 Preis 60 Pf., postfrei 70 Pf. Zu allen Modellen sind die beliebtesten Favorit-Schnitte erhältlich bei
Frau E. Zirbeck, Rüstringen II,
 Müllerstraße 34.

.. Rüstringen :: Gökcrstrasse 26 ..
 Meine Sprechstunden: 9—1, 2 1/2—7 Uhr,
 Sonnt. 9—12 Uhr, beginnen Mittwoch d. 17. Mai.
Zahnarzt Seifert.
 Telephon-Anschluss 797.

Anna Klein
 Wilhelmshaven :: Schneiderin :: Prinz-Heinrichstr. 6.
 Anfertigung von Kleidern und Kostümen, Büsten, Röcken, Modernste Ausführung, tadelloser Sitz, billige Preise, parafamste Verarbeitung. — Modernisierungen jeder Art. Größte Auswahl in Stoffen.
 Schrämmädchen können sich täglich melden. Gewissenhafte Ausbildung im selbständigen Zuschneiden und Garnieren.

Wille's echte Doure Portweine
 zu haben in
 Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.
Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.
 : Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

Sämtliche Drucksachen fertigt an **Paul Hug & Co.**

Volksküche in Rüstringen
 Melkenstraße.
 Donnerstag: Grüne Erbsen mit Schoss.
Nordenham-Mens.
 Verkauft Freitag und Sonnabend von 5 Uhr an
frisches Schweinefleisch.
Georg Bitter.

Habe einen Posten weichen, aber fetten, älteren
Holländer
Kümmelkäse
 abzugeben und verkaufe solange Vorrat reicht,
das Pfund mit 40 Pf.
Dampfmolkerei u. Käsefabrik Kopperhorn
 Verl. Bismarckstraße 28
 sowie Filiale Gökcrstr. 29.

Verloren
 vom Bahnhof nach Sedan ein **Wagenteil**, gez. S. P. 7. Abzugeben bei **Herrn Högemann**, Rüstringen, Bödenstraße 46.

:: STEMPEL ::
 aus Rauchgut und Metall, ebenso Umänderungen werden schnellstens und sauber ausgeführt.
Georg Buddenbergs Buchhandlg.
 Rüstringen, Peterstr. 30.

Gebrauchte Sofas und Matratzen
 werden gut und billig aufgearbeitet.
Fr. W. Fischer
 Tapezierer und Dekorateur
 Wilhelmshavener Straße 1, 1. Etg.

Billig letzter Rest!!
 1000 Stück farbige halbe Zementfliesen.
Joh. Reiners, Grenzstr. 58.

Schmalz . 1 Pfd. 55 Pf.
Kotosfett . 1 Pfd. 55 Pf.
J. H. Cassens
 Schaar u. Rüstringen, Peterstr. 42.

Kartellkommission.
 Donnerstag, 18. Mai, abends 8 Uhr:
Sitzung bei Halweland.
 Der Vorstand.
.. Deutscher ..
Holzarbeiter-Verband
 Jahrl. Rüstringen-Wilhelmshaven.
 Der für Sonntag den 21. Mai er. beabsichtigte Ausflug nach Göttersum umständlicher erst nach Pfingsten stattfinden.
Die Ortsverwaltung.
 Freitag den 19. Mai er. abends 8 1/2 Uhr:
Bersammlung der Werftsektion
 bei W. Halweland, Grenzstr. 28.
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Werftmitglieder erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Männer-Zweigverein vom roten Kreuz.
 Donnerstag, 18. Mai, abends 9 Uhr: Hauptversammlung im Rathhouskeller zu Wilhelmshaven.

Bekanntmachung
 Auf Wunsch aus Handwerkskreisen findet am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, in **Deutschem Haus** zu Rüstringen, Bismarckstraße, eine

Verammlung selbstständig. Handwerker
 statt, in welcher der Syndikus der Handwerkskammer zu Oldenburg, **Dr. Raerßen**, einen Vortrag über die für das Ehringewesen gebundenen Vorschriften halten wird. Im Anschluß daran findet eine freie Aussprache statt. Wir laden hiermit sämtliche selbständigen Handwerker Rüstringens zu dieser Verammlung ein.
Die Handwerkskammer zu Oldenburg.
 Dr. Raerßen, Vorsitzender.

Kravatten
 in hochmodernen Fasern und Mustern empfehlend:
Martha Kappelhoff
 Ecke Deich- und Roonstr.

Codes-Anzeige.
 Am Mittwoch den 17. Mai, morgens 1/4 11 Uhr, verließ nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Tochter

Franziska Hoppe
 geb. Thöle
 im 26. Lebensjahre. Sie bringen tiefbetrübt zur Anzeige
 Rüstringen, den 17. Mai 1911
Friedr. Hoppe nebst Angehörigen.
 Die Beerdigung wird nach bekannt gegeben.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, soeben wie allen Freunden und Kollegen, die ihm das letzte Geleit gaben, insbesondere dem Herrn Pastor **Idde**, den II für seine reichlichen Worte am Grabe, unsere innigsten Dank.
 Rüstringen, den 17. Mai 1911.
Sophia Band und Kinder.

Reichstag.

170. Sitzung. Dienstag, den 10. Mai, vormittags 11 Uhr.
Im Bundesrat: Dr. Deibitz.
Die Beratung der

Wahlberechtigungsgesetz

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.
Wahlberechtigungsgesetz.

Monopol.

Sozialer Roman aus dem russischen Volkleben von Karl Kuhl's (Nachdruck verboten.)

Erglous Schreiben lautete weiter: Sie wissen ja, daß es im Winter in Rachabino still ist. Der erste Zug der Alkoholiker kommt — wenn das Wetter günstig ist — erst während der Butterwoche, da alle Handwerker dann Zeit dazu finden. Viele wollen sich auch auf diese Weise würdiger zu den großen Feiern vorbereiten. Wenn es hoch kommt, so ist's ein halbes Hundert. Damit ist's nun aus; denn was es hier zur Butterwoche für eine entsetzliche Brantweinorgie gab, das kann ich Ihnen gar nicht schildern! —

Die Ankömmlinge belagern sofort den „Zarew-Robal“, deren Jekt für das mitgebrachte Geld die keinen Pfälzchen eingehend auf der Straße laufen. Bei plötzlichem Anbruch einer größeren Menschenmenge kann das aber für die Monopolisten recht schlimme Folgen haben. Dort sitzt hinter dem Gitter die Verkäuferin, sowohl in Rachabino als auch in den meisten anderen Buden der weidliche Sprößling einer verachteten Adelsfamilie. Solange es sich um einen regelrechten Verkauf handelt, geht es ja noch; drängen sich aber mehr und mehr Betrunkenen in die Bude, dann ist doch ein Mädchen nicht imstande, die Ordnung anrechtzuerhalten. Und so war es am Sonnabend der Butterwoche. Einige Söffel hatten kein Geld mehr und wollten die Gelegenheit benutzen, sich kostenlos einige Flaschen zu vergnügen. Es gab ein entsetzliches Gedränge, sogar ein Feuer war schon demoliert worden, und weiß Gott, was noch alles passiert wäre, wenn nicht einige besonnene Bauern in mir gekommen wären. Als ich zur Monopolbude kam, war die Verkäuferin bereits durch die Hintertür entflohen. Aber Gott sei gelobt und gedankt: Für dieses Mal gelang es mir, durch Ermahnungen und freundlichen Zuspruch ein schweres Unglück zu verhüten. —

Ob das aber auch in Zukunft der Fall sein wird? — Wie wird es zu Orlan, im Sommer, am den Feiertagen Sonntagen werden, wenn erst einige hundert Zentner verklammert sind?

Das verursacht mir schwere Sorge. Ich habe mich infolge meines Erlebnisses mit einer Rücksicht an den Urkainit gewandt, ihm den ganzen Sachverhalt auseinandergesetzt und gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens während der Osterwoche, an den Sonnabendnachmittagen und an sämtlichen Sonn- und Feiertagen die Brantweinbuden behördlich geschlossen werden sollte. Nach der Urtz- und Gouvernementsverwaltung habe ich in diesem Sinne geschrieben, und nun wende ich mich auch an Sie! —

Ich möchte nämlich Ihre guten Beziehungen zum Adelsmarschall des Moskauer Gouvernements und zu verschiedenen anderen hochgestellten, einflußreichen Persönlichkeiten ausnützen, weil ich fürchte, mit meinen Bittschriften allein nichts auszurichten. Und das wäre für tausend und aber tausend Menschen ein furchtbares Unglück!

Nun kennen Sie den Zweck meines langen Schreibens, und ich weißte nicht daran, daß Sie alles tun werden, was in Ihren Kräften steht, um meiner guten Sache zu thun. Sie müssen mir aber schreiben, gleichviel, ob Ihre Bemühungen von Erfolg gewesen sind oder nicht!

Indem ich Ihrer Frau Mutter und Ihrer Braut meine aufrichtigen und herzlichsten Grüße übersende, verbleibe ich in Hochachtung und Verehrung Ihr ergebener, Sie segnender Vater Eerglus Swetlow, Geislicher."

Während Duchow den Brief las, verdüsterten sich die Züge Katschbas immer mehr, und er hatte noch nicht zu Ende gelesen, als ein Strom von Tränen ihr unaussprechlich über die Wangen riefelte. Er suchte sie zu trösten, indem er ihr die Tränen von den Wangen, von den Wimpern wusch, aber nur ganz allmählich konnte sie sich beruhigen. Sie blieb traurig und in sich gefehrt, und erst als er zu ihr sagte, er wolle sich sofort auf den Weg machen, um für Vater Eerglus eine Ranze zu brechen, hellten sich ihre Gesichtszüge wieder auf.

„Ich weiß am besten, wie man unsere Polizei gestügigt macht“, sagte er noch, als er fortbrach, „man braucht ihr nur mit Silberbuben die Augen zuzudrücken!“ —

Duchow mußte sich jedoch sehr bald von seiner Ohnmacht überzeugen. Der Adelsmarschall, Fürst Zr . . . empfing ihn sehr zurückhaltend und gab ihm den Rat, sich doch nicht in Angelegenheiten einzumischen, die ihn im Grunde nicht das geringste angingen. Sein plötzlicher Entschluß, in Rachabino die Brennerei aufzugeben, hätte in Adelskreisen das höchste Befremden hervorgerufen. Man hielt ihn, Duchow, jetzt allgemein für einen Utopisten, der sich anmahne, in Gemeinschaft mit einem simplen Dorfschreiber einen nutzlosen Kampf gegen höhere Gewalten aufzunehmen. Aus diesem Grunde könne er nicht erwarten, daß der Landadel seine Bestrebungen irgendwie unterstützen würde. So sei noch die Frage angekrat worden, dem Utsug in Rachabino durch Eingreifen der Regierungsgewalt ganz energisch zu unterz. Verschiedene, sehr einflußreiche Persönlichkeiten seien beim Minister des Innern, beim Finanzminister und auch bei der Heiligen Synode vorstellig geworden, und soviel ihm, dem Adelsmarschall, bekannt, sei aus diesem Grunde auch das Geseh des Popen von Rachabino, dort keine Monopolbrantweinbuden zu eröffnen, abschlägig beschieden worden. Man dünne doch auch unumgänglich der fixen Idee wegen ministerielle Verfügungen auszuhe. Ledrigens sei diese ganze Brantweinorgie eine solche schmutzige und unethische Angelegenheit, daß der Adel von nun an nichts mehr damit zu schaffen haben wolle! Duchow würde am

vernünftigsten handeln, wenn er sich ebenfalls davon zurückziehe. Wenn er nun schon einmal seinen Brantwein mehr brennen und vertilgieren wolle, so sei das ja schließlich ganz und gar seine eigene Sache; es sei aber sehr fraglich, ob die Regierung zur Eröffnung seiner Stiftung ihre Zustimmung erteilen würde, da eine größere Ansammlung solch verdächtiger Elemente an einem bestimmten Orte, wie es die Alkoholiker doch zweifellos seien, von Staats wegen nicht unbedenklich sei.

Damit hatte die Audienz beim Adelsmarschall ihr Ende erreicht, und Duchow durchschaute sofort, daß es sich hier nicht um die Kaprice der Behörde irgendeines Verwaltungs-zweiges handelte, sondern um einen wohlüberlegten Feldzugsplan einflußreicher Personen gegen das Lebenswerk des schlichten Dorfsopon. Die weiteren Befehle beim Generalgouverneur von Moskau, dem Chef der Urtzverwaltung, der Polizei und schließlich beim Chef der Genzbarriere des Moskauer Kreises bekräftigten ihn in der gelassenen Ansicht nur noch mehr, da er überall fand, daß man über den Fall genau orientiert, daß man aber in keiner Weise geneigt war, irgendwie helfend einzugreifen, da zum Schluß eine jede Verantwortlichkeit, eine jede Behörde meinte, die ganze Sache ginge logisch lie garnichts an. Die Polizei aber sagte, sie würde sich hüten, gegen die ausbrüchlichen, aus Petersburg erhaltenen Befehle zu handeln. So mußte Duchow alle seine Bemühungen in der Erkenntnis ihrer Vergeblichkeit aufgeben, und nur mit schwerem Herzen entschloß er sich, Vater Eerglus von seinen Mißerfolgen Mitteilung zu machen.

24. Kapitel.

Die großen Feste neigten sich ihrem Ende zu. Es ist dies die Zeit, während welcher der sich itren an die Vorschriften seiner Kirche haltende „Rechtgläubige“ weder Fleisch noch Milch noch Eier speisen zu sich nimmt. Besonders Fromme verpönnen sogar Fische. Die meisten machen dabei eine ganz gehörige vegetarische Kur durch. Ihre Tafel bietet nur sehr wenig Abwechslung. Sauerohl Buchweizenbrötchen, Hirscheit, verschiedene Mehlspeisen, Kartoffeln, Zwiebeln, gedörrte, geräuchernde und gesalzene Fische, alles mit Hanf- oder Seidöl, bei den wohlhabenderen Klassen mit Sonnenblumen- oder feinem Olivenöl präpariert — das sind die hauptsächlichsten Nahrungsmittel. Um so vielseitiger sind die Vorbereitungen, die zum wächtigen Empfang des Osterfestes getroffen werden, und auf dem Osterfest dürfen gefochter Schinken, Kalbs- und Rinderbraten, vor allen Dingen aber der „Kulitsch“, die „Pahsha“ und in allen Farben glänzende Osterker nicht fehlen. Der Kulitsch oder das sogenannte „griechische Weib“ ist ein runder, hoher, aus Butterteig mit Rosinen und Mandeln gehadener Kuchen, dessen obere Kruste mit farbigem Zuckerwerk oder auch buntem Papierflitter geschmückt ist. Pahsha nennt man eine aus gefäster und gepreßter Milch, unter Zutat von Zucker, Mandeln, saurer Sahne, Butter und Rosinen hergestellte Pyramide. Diese beiden unbedingt zur Osterzeit gehörenden Schan- und Schäfte werden mit den Osterreichern in der Osternacht von den Dienstboten in die Kirche gebracht und von Popen gesegnet und mit Weihwasser besprengt. Da die Kirchen während des Nachtgottesdienstes so überfüllt sind, daß die ungeheurer Menge der „Kulitsch“ und „Pahsh“ im Kirchenraum keinen Platz hat, so lassen viele größere Kirchen besondere Jekt oder überdachte Bretterverstellbare errichten, wo die fromme Proschad vorgenommen wird. Da der Segen in den meisten Kirchen nach einer feststehenden, nicht zu knapp berechneten Tare bezahlt werden muß, so bleibt für den Popen ein hübscher Reingewinn übrig. —

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wie Edison es auf 150 Jahre bringen will.

Als vor kurzem der amerikanische Großindustrielle E. S. Harriman starb, wurde wieder einmal die Frage lebhaft erörtert, wie man es anfangen müsse, um reich zu werden und trotzdem lange und glücklich zu leben. Man wandte sich auch an Edison und er erklärte, er könne zweimal so viel wie Herr Harriman arbeiten und genesse dabei 150 Jahre alt zu werden. Diese sühne Erwartung gründet er auf ein System der Lebensführung, dessen Hauptgrundsätze sind: Richtiges Essen, richtiges Schlafen und richtige Kleidung. Nach Edison essen reiche Leute wie Harriman und seine Gielichen so viel wie Steinträger, obwohl sie im Vergleich dazu viel zu wenig körperlich arbeiten. Sie stoßen zu viel Kohlen in ihren Ofen. Edison erklärt, er esse vielleicht eine halbe Hand voll zu jeder Mahlzeit. Infolge dessen schlafe er auch eine halbe Minute, nachdem er sein Haupt aufs Kissen gelegt habe, ein und träume nie. Nach sechs Stunden sei er völlig frisch. Was meine Kleidung angeht, schloß er, so sind meine Schuhe mir immer grundsätzlich wohl zu weit und ebenso geht es mit meinen Bekleidern und Hemden. Niemals drücke und presse ich irgendeines meiner Glieder zusammen; das Blut in meinen Adern kann ungehindert fließen. Bei diesem System sterben alle Bakterien. Meine Frau hat sich darüber lange genug gedegert, aber seitdem sie weiß, daß das sogar der Oberichter tut, hält sie es für anständig und erlaubt es mir.

Die erfolgreiche Tragödie. Nach dem Deutschen Bühnen-Spielplan (Dietrich und Co., Berlin W. 15), wurde die Schönherische Tragödie „Glaube und Heimat“ im März von 92 verschiedenen Bühnen 376 mal gespielt. Auch der Monat April erreicht eine ähnliche Aufführungsziffer. Das Stück wurde in diesem Monat von 83 verschiedenen Bühnen 338 mal aufgeführt. „Glaube und Heimat“ gehört also schon jetzt zu den meist gespielten Stücken der deutschen Bühnen überhaupt.

Wilhelm Bloß' fünfjähige Komödie „Widwalmöhe“ wurde vom Residenztheater in Kassel und vom Schauspielhaus in Stuttgart zur Aufführung angenommen. Wilhelm Bloß gehörte bekanntlich auch eine zeitlang als Vertreter von Neuh ä. L. (1877/78 und 1881/84 und Braunschweig I (1884/87, 1890/1907) dem Deutschen Reichstag an; seine umfassenen historischen Werke über die französische und deutsche Revolution, den Bauernkrieg usw. sind in allen Arbeiterbibliotheken und in zahlreichen Arbeiterwohnungen zu finden.

Das glückbringende Weihnachtslied. Von der romantischen Entdeckung einer jungen Sängerin, deren wundervolle Stimme ihr eine glänzende Laufbahn sichert, erzählen englische Blätter: Am vorigen Weihnachtsabend trafen sich zwei kleine Mädchen heimlich aus ihrer dürftigen Wohnung in Hampstead, um vor den Türen Weihnachtslieder zu singen und ein paar Pfennige zu erhalten, für die sie der Mutter ein Weihnachtsgeschenk machen wollten. Die ältere Schwester Stella hatte diesen Gedanken gehabt und die Schwester zum Nitzgehen überredet, aber sie ahnte nicht, daß dieses erste Wagnis ihres Lebens den Wendepunkt in ihrem Schicksal herbeiführen sollte. Ohne etwas davon zu wissen, machten die beiden kleinen Mädchen auf ihrer Wanderung vor dem Hause einer bekannten Sängerin, Mme. Amy Sherwin, halt, und sie hatten kaum ihr erstes Liebchen beendet, als eine Dame in größter Aufregung aus dem Hause stürzte und die beiden Kinder zu sich hereinzog. Die Sängerin war vom ersten Ton an von der fernen, unbegreiflich wohlklingenden Stimme bezaubert gewesen. Sie ließ die Mädchen noch einmal singen, kein Zweifel: Stella besah in ihrem Organ eine seltene Gabe des Himmels. Am nächsten Tag schon ging Mme. Sherwin zu den Eltern des Kindes und schlug ihnen vor, die kleine Straßenlangerin, von deren Talent Vater und Mutter keine Ahnung hatten, auszubilden zu lassen. Sie übernahm selbst den Unterricht und war erstaunt über die Fortschritte des Mädchens, das ganz in der Kunst lebt und für den Gesang geboren zu sein scheint. Das Kind, das den Namen Stella Carol angenommen hat zur Erinnerung an das glückbringende Weihnachtslied (Carol), ist jetzt dreizehn Jahre alt. Sie hat vor einigen Tagen unter großen Beifall eine erste Probe ihrer Kunst in einer öffentlichen Aufführung abgelegt.

Aus aller Welt.

Zur Nachahmung für Behörden empfohlen. In diesen Tagen erlich der neue Bürgermeister von Teltow in der „Teltower Zeitung“ folgende Bekanntmachung:

„Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich in der Regel, von Not- und Nothfällen abgesehen, in denen ich stets zur Verfügung stehe, vormittags auf meinem Amtszimmer — Eingang durch Nr. 2 — zu sprechen bin.“

Es wird mir angenehm sein und dient häufig dem Interesse der Sache, wenn sich ein recht zeger persönlicher Verkehr zwischen den Stabesgesessenen und mir entwickelt, und ist es mir namentlich lieb, wenn die minder bemittelte Klasse der Bevölkerung mich mit ihren Sorgen und Nöten vertraut macht.

Ich wies bereits in meiner Einführungsrede darauf hin, daß je ärmer und geringer jemand in der Stadt ist, er desto mehr der Fürsorge, der Hilfe und des Rats der Stadt bedarf, und daß er desto bereitwilliger mich finden wird, mit ihm durchzusprechen, wo es ihm selbst, wenn ich auch leider nicht immer und überall werde helfen können. Auch bin ich gerne bereit, im Interesse einer ausreichenden Befriedigung des Bedürfnisses Unbemittelter nach Rechtsbelehrung diese zu erteilen.

Die Beamten sind mit gleicher Anweisung versehen, auch streng unterrichtet, niemals Schwierigkeiten zu machen, wenn jemand mich persönlich sprechen will.

Ein freundliches Entgegenkommen gegen jedermann ist sämtlichen städtischen Beamten zur Pflicht gemacht. Teltow, den 5. Mai 1911.

Der Bürgermeister. Valleske."

Die „Hofenrotoparade“ als Lustbarkeit. Je enger die Damentische werden, je größer wird scheinbar der Wagen des Fiskus. Der Inhaber eines Lokals mit weiblicher Bedienung in einem Berliner Vorort, in dem die Lustbarkeitssteuer besteht, glaubte im Hofenrook ein neues Zugmittel für sein nur schwachbesuchtes Restaurant gefunden zu haben. Er kündigte eine „Hofenrotoparade“ seiner Kellnerinnen an, die tatsächlich in Hofenröden servierten. Diesen Restame-trik, der sich übrigens wenig bewährte, mußte der Mann doppelt bößen. Gegen die Hofenröden der weiblichen Bedienung konnte die Polizei nichts einwenden. Dagegen er hielt der Wit ein Strafmandat, da die Behörde in der angeklagten „Hofenrotoparade“ eine Schaustellung von Personen, mithin eine Lustbarkeit erblickte, zu der er nicht die Genehmigung eingeholt hatte. Ein gerichtlicher Einspruch hatte keinen Erfolg. Nachdem die Hofenrotoparade als „Lustbarkeit“ anerkannt war, meldete sich zum Ueber-fluß auch die Gemeinde und forderte ihre Lustbarkeitssteuer, die wohl oder übel bezahlt werden mußte.

Veranstaltungs-Kalender.

Kätzingen-Wilhelmsbasson. Donnerstag den 18. Mai.

Sandonen-Klub Kätzingen. Abends 8 1/2 Uhr bei Kubdenberg.

Schiffahrts-Nachrichten.

oom 15. Mai.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Wolf. Alst. von Ostfriesen, heute in Genua angekommen. Schnell. Kronpr. Cecilie, nach Newport, heute von der Wejer ab. Schnell. Kronpr. Wilh., von Newport, heute auf der Wejer ab. Rpost. Post. nach Ostfriesen, heute in Genua angekommen.

